

# Gegen Gefängnis auf Kosten der Natur

Der Bund Naturschutz sieht den möglichen Standort südlich der Monodeponie äußerst kritisch. Das Gebiet Rathaushütte sei weit besser geeignet.

Von Richard Ryba

**Marktredwitz** – Die Diskussion um den Standort für die geplante Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz nimmt Fahrt auf. Zwei Flächen stehen dem bayerischen Justizministerium zur Auswahl, bei beiden gibt es Probleme. Ein möglicher Standort ist das Industriegebiet Rathaushütte. Hier haben Bewohner aus dem angrenzenden Lorenzreuth ihre Bedenken angemeldet. Das andere mögliche Areal für ein Gefängnis ist eine zum Stadtteil Wölsau gehörende Fläche südlich der Monodeponie, direkt an der A93 in Richtung Reutlas gelegen. Gegen diesen möglichen Standort allerdings spricht sich vehement der Bund Naturschutz aus.

„Wir wollen schon in dieser frühen Planungsphase darauf hinweisen, dass der Standort Wölsau aus landschaftsökologischer Sicht äußerst kritisch ist“, machten am gestrigen Donnerstagnachmittag BN-Kreisvorsitzender Fred Terporten-Löhner, Geschäftsführer Karl Paulus und Ortsvorsitzender Dieter Kammerer deutlich. Zum Pressetermin hatten sie direkt auf das zur Diskussion stehende Gelände eingeladen. Wegen der Hanglage müsste massiv in die Topographie der Landschaft eingegriffen werden, auf großer Fläche würden schutzwürdige Biotop zerstört, betonten die BN-Vertreter. „Dagegen steht in Rathaushütte ein bestens erschlossenes Industriegebiet in ebener Lage zur Verfügung“, sagte Paulus.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist nach Meinung des BN eindeutig der Standort Rathaushütte zu favorisieren, wobei man aber auch die Sorgen und Ängste der betroffenen Bürger in Lorenzreuth sehe. Deshalb sollte der Gefängnisneubau nach Auffassung der Naturschützer möglichst weit im Norden des 27 Hektar großen Industrie- und Gewerbegebiets gebaut und mit ei-



Hanglage und schutzwürdige Feuchtbiopte: Für die BN-Vertreter Karl Paulus, Dieter Kammerer und Fred Terporten-Löhner (von links) ist das Gelände südlich der Monodeponie aus Naturschutzsicht für einen Gefängnisneubau völlig ungeeignet.

Foto: Florian Miedl

nem Grüngürtel zur Wohnbebauung abgeschirmt werden.

Ein aus Naturschutz-Sicht absolutes „No-Go“ hingegen ist nach den Worten von Paulus der Standort Wölsau. Hier, unterhalb Haingrün am Westhang des Rohrbachtals, würden sich rund 4,5 Hektar an schutzwürdigen Feuchtbiotopen befinden.

Da für eine neue JVA eine Fläche von sechs bis sieben Hektar in möglichst ebenem Gelände benötigt wird, müsste auf einer Fläche von rund 70000 Quadratmetern der Hang abgegraben und planiert werden. „Niemand wäre jemals auf die Idee gekommen, hier Industrie anzusiedeln – weshalb dann ein Gefängnis?“, fragen sich Paulus und Terporten-Löhner.

Als besonders schutzwürdig in

dem Gelände stellt der Bund Naturschutz zwei Komplexe heraus. Zum einen ein Hangquellmoor: Das ist ein Torfkörper, der sich in einem Hangquellgebiet gebildet hat, mit Feuchtwald, Feuchtgebüsch und Hochstaudenfluren. Seltene Pflanzen wie die Sumpfstendelwurz würden hier vorkommen. Etwas südlich davon befindet sich ein strukturreiches Feuchtgebiet mit Gebüsch, Hochstaudenfluren und naturnahen Hecken – ein Lebensraum, der für Amphibien, Vögel und Insekten von großer Bedeutung sei. Im Arten- und Biotopschutzprogramm seien die Feuchtfelder als „regional bedeutsam“ eingestuft, betont der BN.

Bei einem Gefängnisneubau würde ein Großteil der schutzwürdigen Biotop zerstört oder irreparabel geschädigt. „Das darf nicht geschehen“, waren sich die drei Männer vom BN gestern einig. Einen Gefängnisneubau auf Kosten der Natur dürfe es nicht geben. Um das auch dem

zuständigen bayerischen Justizminister Winfried Bausback klar zu machen, will sich der BN schriftlich an das Ministerium wenden. Paulus: „Wir melden uns massiv zu Wort.“

Bei seinem Besuch am 22. September in Marktredwitz hatte Bausback von 190 Arbeitsplätzen gesprochen, die der Gefängnisneubau nach Marktredwitz bringe. 45 Stellen würden aus dem Raum München nach

Marktredwitz verlagert. Nach Bausbacks Worten sollen über 300 Häftlinge im Marktredwitzer Gefängnis ihre Strafe verbüßen. Geplant seien dabei auch eine geriatrische Abteilung sowie eine Abteilung für 120 weibliche Häftlinge. Dort soll es auch eine Station für Frauen mit Kindern bis drei Jahre geben. Die Standortentscheidung, sagte Bausback, solle zügig vorangetrieben werden.

## Ohne Kommentar zu Sinn und Zweck

„Über Sinn und Zweck eines Gefängnisneubaus wollen wir nicht diskutieren“, stellte BN-Kreisgeschäftsführer Karl Paulus am Donnerstag klar. Die Frage, ob im Zuge der Behördenverlagerung der Staatsregierung ein Gefängnis geeignet sei, die Region voranzubringen, wollten die Vertreter des Bund Naturschutz nicht kommentieren.

Grundsätzliches sagte jedoch Kreisvorsitzender Fred Terporten-Löhner

zur BN-Ansicht, dass das Gefängnis nicht auf Kosten der Natur gebaut werden dürfe: „In unserer Gesellschaft wird es immer kriminelle Energien oder andere Unannehmlichkeiten geben, aber warum soll immer die Natur dafür herhalten, die Konsequenzen zu tragen? Es muss klar sein, dass wir diesen Umstand nicht dadurch beseitigen, dass wir Unerwünschtes möglichst weit in die Natur verbannen.“